

Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf,
Antirassistisches Bildungsforum Rheinland,
Arbeitsstelle Neonazismus - Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neo-
nazismus der FH Düsseldorf (Hrsg.)

Parteien rechtsaußen

NRW und Düsseldorf vor den Landtagswahlen



- April 2010 -



Foto: LOTTA - Antifaschistische Zeitung aus NRW

Die "Bürgerbewegung pro NRW"

"Pro NRW" tritt bei der Landtagswahl am 9. Mai NRW-weit mit einer Landesliste an, außerdem mit Direktkandidaten in 53 der 128 Wahlkreise: neun im westfälischen Landesteil, 44 im Rheinland.

"Pro NRW" sprach im Januar 2010 von "über 1.500 Mitgliedern". Die tatsächliche Mitgliederzahl ist nicht bekannt, dürfte aber sehr deutlich unter dieser Angabe liegen. Aufschluss über den Stand des gewünschten flächendeckenden Ausbaus von Strukturen und Kandidaturen gibt das Ergebnis der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 2009, bei der "pro" auf zirka 18 Prozent der Stimmzettel stand. Zuvor noch als sicher angesehene Kandidaturen im Rhein-Sieg-Kreis und in Essen scheiterten offenbar aufgrund innerparteilichen Streits. Außerhalb des Rheinlandes trat die Partei nur in Gelsen-

kirchen (drei Mandate im Stadtrat und vier in den Bezirksvertretungen) und in Lemgo (ein Mandat im Stadtrat) an. In Köln konnte "pro Köln" 5,4 Prozent (fünf Mandate) auf sich vereinen und damit noch einmal 0,7 Prozent zulegen, in Leverkusen reichte es für drei Mandate, in Bonn für eins. Auch in vier Landkreisen im Rheinland gelang der Einzug: im Rhein-Erft-Kreis (zwei Mandate im Kreistag und drei Mandate im Stadtrat Bergheim), im Rheinisch-Bergischen Kreis (ein Mandat im Kreistag und ein Mandat im Stadtrat Leichlingen), im Oberbergischen Kreis (ein Mandat im Kreistag und ein Mandat im Stadtrat Radevormwald) und im Rhein-Kreis Neuss (ein Mandat im Kreistag, zwei Mandate im Stadtrat Dormagen). Überall wo "pro NRW" bei den Kommunalwahlen antrat, hatte die Partei flächendeckend

Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt und zog in das jeweilige Parlament ein.

Parteimitgliedschaft stundenweise

Zur Landtagswahl hatte "pro NRW" die Nominierung von 66 Wahlkreiskandidaten bekannt gegeben. Geblieben sind davon 53. In einigen Fällen dürfte die selbsternannte "Bürgerbewegung" an der Verpflichtung gescheitert sein, jeweils 100 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Doch auch die über 40-prozentige Abdeckung mit Direktkandidatinnen und Direktkandidaten täuscht. In sehr großen Teilen des Bundeslandes verfügt die Partei nach wie vor über keine Basis. So behauptete beispielsweise Ingo Haller, der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Düren, der im Dezember 2009 an einer Veranstaltung von "pro NRW" zur Aufstellung eines Kandidaten teilnahm, dort seien, weil nur ein Parteimitglied anwesend war, unter den Gästen "Freiwillige" gesucht worden, die zumindest "für die Dauer der Versammlung" Mitglied werden würden. Damit, so zitierte Haller den Versammlungsleiter von "pro NRW", würden die Formalien bei der Kandidatenaufstellung gewahrt, und nach der Wahl erlösche die "Mitgliedschaft" auf Wunsch sofort wieder.

Nicht nur bei der Aufstellung der Direktkandidatinnen und -kandidaten hat "pro NRW" Probleme, ein flächendeckender Wahlkampf kostet auch viel Geld. Als "pro" nach den Kommunalwahlen wegen nicht entfernter Wahlplakate eine Rechnung über 33.775 Euro zugestellt wurde, sprach Markus Beisicht, Vorsitzender von "pro Köln" und "pro NRW" am 29. Dezember 2009 sogar von einem finanziellen Vernichtungsschlag. So kam es wie gerufen, dass Anfang 2010 der als sehr betucht geltende schwedisch-deutsche Unternehmer Patrik Brinkmann "pro NRW" beitrug. Brinkmann – so "pro

NRW" – sei bereit, "neben der Unterstützung des pro-NRW-Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen nun auch persönlich Verantwortung zu übernehmen und als Vorsitzender und designierter Spitzenkandidat für pro-Berlin auch in der Bundeshauptstadt in den politischen Ring zu steigen". Wie hoch die erhoffte "Unterstützung" ausfallen wird – es werden Zahlen von bis zu fünf Millionen Euro genannt –, ist indes völlig unklar. Durchaus möglich aber erscheint es, dass der vorher für die NPD und später für die DVU aktive Brinkmann der Partei Kredite im fünf- bis sechsstelligen Bereich gewährt, offenbar nicht ohne dafür auch auf der politischen Ebene Gegenleistungen zu erwarten. Wie lange derartige Kredite reichen, falls Brinkmann der Partei unter anderem die Rechnungen für seine angekündigte Wahlkampftournee vom 3. bis 8. Mai durch rund 20 NRW-Städte "mit eigenem Tourbus, Bühnen-Lkw und Hubschraubereinsatz" einreichen sollte, wird sich herausstellen. Es steht zu erwarten, dass die Partei mit unlösbaren finanziellen Problemen zu kämpfen haben wird, falls sie bei den Landtagswahlen nicht die Ein-Prozent-Hürde überspringen sollte. Dann nämlich blieben ihr Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung verwehrt.

Die "Antiislam-Partei"

Brinkmanns Kredite kommen "pro" auch deshalb gelegen, weil es der Partei aufgrund ihrer schwachen, in diversen NRW-Regionen überhaupt nicht vorhandenen Basis ansonsten nicht möglich wäre, einen wahrnehmbaren Wahlkampf zu führen. Es bleiben ihr kostenintensive Postwurfsendungen und massive Plakatierungen sowie mediale Inszenierungen, um sich öffentlich als die maßgebliche "Antiislam-Partei" zu präsentieren, mit Unterstützung erfolgreicher Rechtsparteien aus dem europäischen Ausland. Zu den Inszenierungen, die dieses Image

festigen sollten, zählten die beiden "Anti-Islamisierungskongresse" 2008 und 2009 in Köln, zu denen jeweils vierstellige Teilnehmerzahlen und internationale Prominenz angekündigt wurden. Der erste der beiden "Kongresse", die Kundgebungscharakter hatten bzw. haben sollten, konnte aufgrund starker Proteste und Blockaden nicht stattfinden, am zweiten beteiligten sich maximal 200 Personen, darunter auch diverse Teilnehmer aus Österreich (FPÖ) und insbesondere aus Belgien ("Vlaams Belang"), der auch einen Teil der Organisation und Logistik übernommen hatte.

Ebenso auf die Kooperation mit "Vlaams Belang" und FPÖ und auf mediale Inszenierung setzte eine "internationale Konferenz für die Einführung eines Minarettverbots" am 27. März 2010 in Gelsenkirchen. Am Tag darauf wurde mit knapp 200 Teilnehmern eine zuvor als "Sternmarsch" angekündigte Demonstration in der Nähe der Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh durchgeführt. Man rechnet "insgesamt mit bis zu 2.000 Teilnehmern aus ganz Europa", hatte es anfänglich geheißt; Mitte März war dann noch von "über 1.500" Personen die Rede;



angemeldet wurde der "Sternmarsch" für 1.000. Am 26. März fanden zudem in sechs Ruhrgebietsstädten sechs "Mahnwachen" statt – vormittags parallel in Oberhausen und Herten, mittags in Gelsenkirchen und Mülheim an der Ruhr, nachmittags in Essen und Bochum. An den Aktionen nahmen knapp 70 "pro"-Anhänger teil.

Auf den ersten zehn Plätzen der "pro NRW"-Liste sind bekannte Namen zu finden. An der Spitze der "pro Köln"- und "pro NRW"-Vorsitzende Markus Beisicht (Jahrgang 1963), der dem Leverkusener Stadtrat angehört, und die "pro Köln"-Fraktionsvorsitzende Judith Wolter (1978), die auch als geschäftsführende stellvertretende Vorsitzende von "pro Köln" und Schatzmeisterin von "pro NRW" fungiert. Auf Listenplatz 3 wurde Kevin Gareth Hauer (1978) gewählt, Stadtrat in Gelsenkirchen und stellvertretender Vorsitzender von "pro NRW". Ihm folgt Markus Wiener (1976), Stadtrat in Köln und dort Geschäftsführer der Fraktion, außerdem stellvertretender Vorsitzender von "pro Köln" und Generalsekretär von "pro NRW". Auf den Plätzen 5 und 6 sind zwei weitere "pro NRW"-Vize zu finden: Roland Micklich (1953), Stadtrat in Leichlingen und Kreistagsabgeordneter im Rheinisch-Bergischen Kreis, sowie Daniel M. Schöppe (1974), Stadtrat in Dormagen und Kreistagsmitglied im Rhein-Kreis Neuss. Auf den weiteren Plätzen bis Nummer 10 stehen Fabian Thies (1982), Stadtrat in Lemgo und Vorstandsmitglied von "pro NRW", Bernd M. Schöppe (1972), Stadtrat in Köln, Vorstandsmitglied bei "pro Köln" und Schriftführer bei "pro NRW", Udo Schäfer (1954), Kreistagsmitglied im Oberbergischen Kreis und "pro NRW"-Vorstandsmitglied, sowie Susanne Kutzner, Stadträtin in Leverkusen und ebenfalls Vorstandsmitglied bei "pro NRW".

Hinter der Fassade

Ungeachtet der Tatsache, dass unter den ersten zehn Kandidaten bereits mindestens fünf ehemalige Mitglieder der "Republikaner" oder der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) zu finden sind, versucht "pro NRW", sich als seriöse und "rechtsdemokratische" Alternative bei der NRW-Landtagswahl zu präsentieren. Doch je genauer man ihre Landesliste und ihre Direktkandidaten unter die Lupe nimmt, umso mehr Anhaltspunkte lassen sich dafür finden, dass es hinter der sauberen Fassade anders aussieht.

Aktuellstes Beispiel ist Norbert Back, Geschäftsführer der Dormagener "pro NRW"-Ratsfraktion. Nachdem er einen RTL-Extra-Beitrag über nichtintegrierte Jugendliche aus Migrantenfamilien gesehen hatte, schrieb er auf der Homepage der lokalen "pro"-Gruppe den – mittlerweile wieder gelöschten – Kommentar: "diese Menschen, oder sollte man Tiere dazu sagen, haben es nicht verdient, hier zu Leben". Back ist Landtagskandidat im Rhein-Kreis Neuss und Nummer 23 auf der Landesliste von "pro NRW".

Einen Platz vor ihm auf der Liste ist Nico Ernst, zugleich Direktkandidat in einem der Bonner Wahlkreise, zu finden. Ernst, der für "pro" im Bonner Stadtrat sitzt, war bis vor einigen Jahren noch im Umfeld der Neonazi-Kameradschaft Rhein/Ahr und für die Kölner NPD aktiv. Die Kölner NPD behauptete, Ernst sei noch 2006 als Kreisschatzmeister gewählt, dann aber rasch wegen Unfähigkeit "entfernt" worden.

Auf Platz 19 der Liste steht Heinz-Kurt Täubner aus Köln. Der Diplom-Goldschmiedemeister im Ruhestand musste es vor zwei Jahren hinnehmen, dass unter anderem der "Kölner Stadtanzeiger" ein Foto veröffentlichte, das Täubner bei einer Hitler-Geburtstagsfeier

Mitte der 1980er Jahre zeigen soll – vor ihm eine Schale mit Hakenkreuz, hinter ihm Kerzen mit Hakenkreuzen. Auch dokumentiert wurde ein Mitgliedsausweis einer militanten Neonazi-Truppe, der ebenfalls in den 1980er Jahren auf Täubners Namen ausgestellt worden war.

Aktueller ist ein Foto, das den 16. auf der Liste, Tobias Ronsdorf, vor einer Reichskriegsflagge und einer Fahne mit dem Keltenkreuz zeigt, wie die Kölner Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) berichtet. Ronsdorf kandidiert nicht nur auf der Liste, sondern in Wuppertal auch als Wahlkreisbewerber.

Neonazi-Referent

Auf Platz 13 ist der Rechtsanwalt Andre Picker zu finden, der in Bochum wohnt und in Dortmund eine Kanzlei unterhält. Picker tauchte in zumindest einem dokumentierten Fall bei einer "Rechtsschulung" von Neonazis als Referent auf. Auf der Internetseite "Nationales München" wurde "Kamerad Picker" anschließend "ganz herzlich" gedankt – für seinen Vortrag und seine "wertvolle, rechtsanwaltliche Hilfe".

Nicht mit Listenplatz, aber als Direktkandidat geht Tobias Nass für "pro NRW" in Solingen an den Start. Nach Angaben der ibs veröffentlichte er in seinem Profil im sozialen Netzwerk StudiVZ ein Foto, das ihn mit Führungskräften der rechts-"autonomen" Neonazi-Organisation AG Rheinland zeige, außerdem ein Bild, auf dem ihn ein Hitler-Bärtchen "ziert". Das "Solinger Tageblatt" berichtete zudem, als politische Vorbilder habe Nass in seinem StudiVZ-Profil den im vergangenen Oktober verstorbenen Neonazi-Anwalt und Rassisten Jürgen Rieger und Friedrich Busse, den ebenfalls verstorbenen Chef der verbotenen Neonazi-Organisation FAP, genannt.